

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 102. Ratssitzung vom 25. Mai 2016

1932. 2015/374

Motion der GLP-Fraktion vom 25.11.2015:

Auflösung der unbefristeten Subventionsverträge mit dem Schauspielhaus, der Tonhalle und der Zürcher Kunstgesellschaft

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Isabel Garcia (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1435/2015): Wir haben bereits mehrfach unsere Sorge zum Ausdruck gebracht, dass ein grosser Teil des Kulturbudgets vom Schauspielhaus, der Tonhalle und dem Kunsthaus beansprucht wird. Dadurch wird die Vielfalt des Kulturangebots eingeschränkt und der Handlungsspielraum der Stadt beschnitten. Die GLP tritt entschieden gegen diese Entwicklung an. Deshalb haben wir die vorliegende Motion eingereicht und fordern eine Neubeurteilung der unbefristeten Subventionsverhältnisse. Die Kündigungsfristen belaufen sich auf 24, beziehungsweise 30 Monate. Die Institutionen haben genug Zeit, um sich neu auszurichten. Uns geht es nicht um Erbsenzählerei oder eine inhaltliche Beurteilung der betroffenen Kulturinstitutionen. Uns geht es um die Strategien in der Kulturpolitik und um künstlerische und kulturelle Vielfalt, die wir in Gefahr sehen. Zürich will überall spitze sein. Dies ist unrealistisch. Zürich ist zu klein, um in bildender Kunst und klassischer Musik Weltspitze zu sein. Dies führt dazu, dass man überall dabei ist. Der tatsächliche Nutzen für das kulturelle Image ist nicht vorhanden. Sogar die NZZ am Sonntag hat dies festgestellt. Gegen diese Entwicklung zum kulturellen Mittelmass setzen wir uns ein. Unbefristete Subventionen führen zu Trägheit. Diese Strategie ist falsch. Schlussendlich haben wir es mit einem Kulturbeamtentum zu tun. Dies wird gefördert und unterstützt. Wir stehen für Innovation, Kreativität, Bewegung und Vielfalt. Die unbefristeten Subventionen führen dazu, dass in den jeweiligen Sparten für die anderen Institutionen kaum Geld übrigbleibt. Dies widerspricht der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich hin zu Vielfalt, Bewegung, Mobilität und Flexibilität entwickelt. Diese Vielfalt kann sich in Zürich nicht entwickeln. Dies lässt sich am Beispiel der Tonhalle erläutern. Wir geben zusätzlich zu den 17 Millionen Franken, welche die Tonhalle sowieso unbefristet erhält, für die Aufgleisung der Neuorganisation, den Umbau und das Provisorium Millionen aus. Diese Millionen werden definitiv ins Budget eingehen. Die GLP möchte sich für eine künstlerische und kulturelle Vielfalt einsetzen. Das Geld sollte nicht in Reorganisationen und Provisorien fließen. Nun möchte ich auf die Antwort des Stadtrats eingehen. Mit insgesamt 24 Zeilen Replik leistete er einen Beitrag zur Ratseffizienz. Wir sind über das magere Statement enttäuscht. Dieser Vorstoss steht nicht im Widerspruch zur Motion 2014/367. Es handelt sich um einen Steilpass, um die Forderungen der betreffenden Motion umzusetzen. Der Stadtrat möchte den status quo bewahren. Der Stadtrat schreibt, die Gesamtheit der Kultursubventionen werde dem Gemeinderat mit dem Kulturleitbild vorgelegt. Dies ist zutreffend. Nichtsdestotrotz kann der Gemeinderat bei der Erarbeitung und Schwerpunktsetzung sowie Priorisierung nicht mitsprechen. Eine Gestaltung der Ausle-

geordnung und Schwerpunkte ist für den Gemeinderat nicht möglich. Wir fordern Innovation, Flexibilität und Bewegung in Kunst und Kultur.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Das Grundanliegen einer flexibleren Handhabung in der Gestaltung der Kulturpolitik kann der Stadtrat nachvollziehen. Die Kürze der Antwort hat mit der Effizienz und dem Inhalt zu tun. Wir finden diesen Ansatz derzeit falsch. Die Motion ist nicht mit einem Auftrag zu vereinbaren, der dem Stadtrat bereits überwiesen wurde. Das Parlament hat uns beauftragt, unbefristete Subventionsverträge in der Kulturförderung und die jährlichen Subventionsleistungen anzupassen, sofern ein Bilanzfehlbetrag vorliegt. Wir haben mit den betroffenen Kulturinstitutionen das Gespräch gesucht, wir sind in Verhandlungen getreten. Der Prozess wurde bereits eingeleitet. Wir finden es nicht zielführend, diesen Auftrag mit einem weiteren, anderslautenden Auftrag zu verwässern. Es handelt sich um grosse Institutionen, die ihre Programme über Jahre vorausplanen. Diese sind auf eine verlässliche Politik angewiesen. Der Zeitpunkt ist falsch gewählt. Es gibt Institutionen mit unbefristeten Beiträgen, die von der ersten Motion, nicht jedoch von der zweiten erfasst sind. Dadurch wird eine Ungleichheit geschaffen. Es ist nicht einzusehen, warum die Tonhalle, die Züricher Kunstgesellschaft und das Schauspielhaus anders behandelt werden sollten. Wir sind nicht der Ansicht, dass mangelnde Vielfalt ein Problem des Zürcher Kulturangebots ist. Wir haben ein sehr breites, vielfältiges Angebot. Es braucht auch grosse Kulturinstitutionen. In der letzten Leitbildperiode haben wir einen Schwerpunkt bei den kleinen Institutionen und der freien Szene gelegt.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Spannend ist, dass die Begründung in der Motion von der Begründung im Votum in wesentlichen Punkten abweicht. In der Motion geht es um die finanzpolitische Lage der Stadt. Diese Motion wurde bereits überwiesen. Die damalige Motion wurde von der GLP nicht mitgetragen. In der hiesigen Begründung wird mit der Kulturpolitik der GLP argumentiert. Wesentlich ist, dass die drei grossen Häuser die kulturelle Grundversorgung in der Stadt leisten. Die klassischen Künste werden auf hohem Niveau repräsentiert. Sie machen lediglich zwei Drittel des Budgets aus, obwohl sie eine so grosse Breite ausmachen und die Grundversorgung sicherstellen. Wir wollen Kultur, die sich entwickelt. Kunst braucht auch ein Publikum.

Rosa Maino (AL): Die AL-Fraktion nimmt diese Vorstösse positiv zur Kenntnis. Die städtische Kulturpolitik stösst auch bei uns zunehmend auf Vorbehalte. Durch die Kulturpolitik wird impliziert, dass Kultur eine kompetitive Hochleistung ist. Ein wachsendes Unbehagen verursacht die Kulturpolitik auch, weil sie von immer mehr Grossanlässen markiert wird. Man hantiert immer häufiger mit Begriffen aus der Wirtschaft und man untersucht die Aktivitäten im Hinblick auf ihren jeweiligen Wertschöpfungskoeffizienten. Diese Tendenz ist gefährlich. Die vorliegende Motion eignet sich als Diskussionsanlass. Nichtsdestotrotz lehnen wir sie ab. Wir sind gegen die Kündigung oder Veränderung von Verträgen auf Vorrat. Wir lehnen die Motion ab, weil sie keinen konstruktiven Auftrag an die Stadtverwaltung beinhaltet. Vor der Kündigung der Verträge müsste klar sein, in wel-

che Richtung eine Entwicklung stattfinden soll. Unbefristete Subventionsanträge können legitim sein. Die Institutionen müssen planen können.

Christina Hug (Grüne): Wir lehnen die Motion ab. Wir schätzen das breite und vielfältige Kulturangebot in der Stadt. Wir bekennen uns zu einer Politik, welche die kulturelle Vielfalt in ihrer ganzen Breite wertschätzt und fördert. Es ist falsch, die grossen Kulturhäuser gegen die kleinen Institutionen auszuspielen. Es braucht beides. Die Heterogenität des Angebots spiegelt die Heterogenität des Publikums wieder. Es braucht beides, weil die Grossen und Kleinen und Freien voneinander profitieren und sich gegenseitig bereichern. Im neuen Kulturleitbild wurden die Mittel für die Kleinen und Freien erhöht. Meine Erfahrung ist, dass die GLP Kulturausgaben skeptisch gegenübersteht. Ich befürchte, diese Motion zielt letztlich auf eine substanzielle Kürzung der Kulturausgaben. Wir finden eine Kürzung der Kulturausgaben nicht notwendig.

Heidi Egger (SP): Auch wir lehnen die Motion ab. Wir finden es falsch, dass bei drei herausgepickten Kulturinstitutionen gespart werden soll.

Karin Weyermann (CVP): Eine Gesamtschau der Kultursubventionen begrüssen wir. Wir sind jederzeit bereit, mit der GLP zusammensitzen und die gesamten Kultursubventionen überprüfen. Mit dieser Motion erfolgt keine Gesamtschau.

Urs Fehr (SVP): Dieser Vorstoss stösst bei uns auf sehr grosse Sympathien. Die Kulturinstitutionen bekommen zu viel Geld. Wenn Kosten und Aufgaben nicht mehr hinterfragt werden dürfen, frage ich mich, was zielführend sein soll. In dieser Motion ist nicht von einer Kürzung die Rede. Es geht nur um Verhandlungen. Ich glaube nicht, dass die Wähler der AL diese drei Kulturinstitute in diesem Umfang mittragen.

Stefan Urech (SVP): Ich möchte daran erinnern, dass im Vorfeld zur Abstimmung der Durchsetzungsinitiative das Schauspielhaus Abstimmungskampf machte. Heute werden vor jeder Vorstellung Zuschauer gezwungen, sich eine Flüchtlingsgeschichte anzuhören. Auf eine Anfrage hin wurde uns mitgeteilt, die Institution sei in dieser Angelegenheit wie ein privates Unternehmen zu betrachten. Dies ist mit unbefristeten Subventionen aus unserer Sicht nicht vereinbar.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich finde, dass die beiden letzten Voten das Problem aufzeigen. Wir haben bereits Instrumente, um die Subventionen zu überprüfen. Dieser Vorstoss ist nur sinnvoll, wenn eine Kürzung der Ausgaben oder eine Bestrafung von Kulturinstitutionen angestrebt wird.

Matthias Wiesmann (GLP): Diese Motion war eine Einladung an den Stadtrat, eine Neubeurteilung vorzunehmen. Die drei Institutionen sind die Monolithen, die als erste betrachtet werden könnten. Es geht nicht um eine Bestrafungsaktion oder um die Kürzung des Kulturbudgets. Wir müssen überprüfen, ob diese drei Kulturinstitutionen so viel Geld benötigen. Verhandlungen sind schwierig. Es müssten alle unbefristeten Institutionen betrachtet werden, jedoch haben die anderen ein relativ kleines Budget. Es geht um eine Gesamtbetrachtung.

4 / 4

Die Motion wird mit 33 gegen 89 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat